



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Weltwende

Stegemann, Hermann

Stuttgart, 1934

Frankreichs Verhältnis zu Spanien und Belgien

[urn:nbn:de:hbz:466:1-75363](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-75363)

zident zusammenzufassen, um dadurch der Erweiterung des Begriffes Okzident entgegenzuwirken und nicht aus der kontinentalen Vormachtstellung geworfen zu werden. Dabei kam Frankreich der Gestaltwandel Spaniens zugut, das der Monarchie im Jahre 1931 wieder einmal entsagt hatte, um sich in einer parlamentarischen Republik auszuleben, die von vornherein Stetigkeit und Zielsicherheit vermessen ließ. Sie war aus einer fehlgeschlagenen militärischen Diktatur hervorgegangen und holte, ähnlich wie dies von 1919 an in Deutschland geschah, die auf das Parteienregiment gestellte Entwicklung nach. Diese mußte durchlaufen werden, ehe wieder eine neue Zusammenfassung der nationalen Kräfte erfolgen konnte. Die spanische Republik war daher von vornherein marxistisch und föderalistisch gerichtet. Sie gab sich in inneren Kämpfen aus und ordnete die äußere Politik nach den Wünschen Frankreichs.

Frankreich hatte nicht nur an den Pyrenäen einen sicheren Halt, sondern fand jetzt auch in Spanien einen Stützpunkt, der ihm erlaubte, sein nordafrikanisches Reich dem Mutterland noch enger zu verbinden. Das wurde durch eine Konvention ermöglicht, die den Franzosen gestattete, in gewissen Fällen die spanischen Luftwege und Lufthäfen zu benutzen und Spanien Unterstützung in Spanisch-Nordafrika zusicherte. Da Frankreich seine Beziehungen zu Italien durch seine Zustimmung zum Pakt Mussolini befestigt sah, war ihm also nun die Möglichkeit gegeben, in Genf noch entschiedener aufzutreten. Das französisch-englische Verhältnis war ja durch die Rückbildung der insularen Stellung Englands zu Frankreichs Gunsten gewandelt, und das französisch-belgische Verhältnis hatte keine Abschwächung erlitten. Zwischen diesen beiden Verhältnissen bestand zwar noch keine innere Verbindung, aber sie waren parallel gerichtet. Das Verhältnis Belgiens zu Frankreich war durch die gemeinsame Frontstellung gegen Deutschland vorbestimmt und hatte in der Aufrichtung einer gemeinsamen Abwehrfront und in einer Militärkonvention Ausdruck gefunden. Das belgische Heer war dadurch zur linken Flügelgruppe des französischen Heeres geworden. Dieses einseitige Verhältnis konnte eine Erweiterung erfahren, wenn es gelang, auch England in nähere Beziehungen zu Belgien zu bringen. Das lag auch in Belgiens Interesse, und da beide Länder,

England wie Belgien, schon durch den Vertrag von Locarno in eine gewisse Verbindung gebracht worden waren, lag es auch im Bereich der Möglichkeit. Kam man auf der Abrüstungskonferenz zu dem Schluß, daß Deutschland nicht länger in Untermwürfigkeit gehalten werden konnte, so ergab sich die Notwendigkeit einer solchen näheren Verbindung, von Belgien wie von Frankreich aus gesehen, von selbst. Ob England diese Auffassung teilte, war eine andere Frage. Vielleicht konnte England von Belgien erst für eine engere Verbindung gewonnen werden, wenn die Abrüstungskonferenz scheiterte und Deutschland seine Souveränität zurückgewann. Gewährleistete England, das sich bis anhin gegenüber Frankreich und Belgien zu keiner anderen Bindung als der im Rheinpakt von Locarno verbrieften, hatte bereitfinden lassen, in diesem Fall die belgische Sicherheit, indem es sich im Falle eines Krieges zur militärischen Hilfeleistung verpflichtete, dann reifte der französisch-belgischen Politik ein großer Erfolg, denn das kam mittelbar auf eine neue Verstärkung der französischen Sicherheit und auf ein französisch-belgisch-englisches Defensivbündnis heraus.

Das waren Gesichtspunkte, die sich im Herbst des Jahres 1933 noch einer Besprechung entzogen, die aber schon deutlich vorgezeichnet lagen, als die Mächte nach Genf zurückkehrten, um noch einmal zur Abrüstungskonferenz zusammenzutreten. Es handelte sich ja, wie gesagt, jetzt nicht mehr um die allgemeine Abrüstung, sondern schon um eine allgemeine Rüstungskonvention im Rahmen des Völkerbundes.

*

Die deutsche Politik, die seit Anbeginn der Verhandlungen festlag und von der Regierung Hitler nur schärfer bestimmt, härter hingefest und entschiedener vertreten wurde, sah sich also einer Lage gegenüber, die nicht nur auf ihre Vordergründe, sondern auch auf ihre Hintergründe geprüft werden mußte. Es kam jetzt für sie — aber auch für alle anderen Mächte — darauf an, möglichst genau vor auszusehen, „was andere Leute unter den gegebenen Umständen zu tun gedachten“.

Deutschland leitete den Gang nach Genf durch eine Erklärung